

Fridays for Future - Position & Forderungen der GEW

Rechtliches

In Deutschland gilt die Schulpflicht. Schüler*innen können sich aber zu besonderen Anlässen (Familienangelegenheiten) beurlauben lassen. Ob Demonstrationen auch ein Anlass sein können, ist Auslegungssache: Eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) von 1973, die noch nicht überarbeitet wurde, spricht dagegen: Hier sind Demonstrationen ausdrücklich ausgenommen. Wenn die Schule keine Beurlaubung erteilt, wird ein Tag, an dem die Schüler*innen an einer Demonstration/an einem „Streik“ teilgenommen haben, als unentschuldig im Zeugnis vermerkt.

Einschätzung

Eine wichtige Aufgabe der Schule ist, die Kinder und Jugendlichen zu mündigen, engagierten Bürger*innen zu erziehen, die sich für Erhalt und Ausbau der Demokratie einsetzen, und sie zu gesellschaftlicher Teilhabe zu befähigen. Insofern ist es möglich, dass -Schule einen Freitag „For Future“ als Schulveranstaltung nutzt.

Für die Schüler*innen ist naheliegend, in der Unterrichtszeit zu „streiken“ und zu demonstrieren, da sie so öffentliche Aufmerksamkeit bekommen und ihr Ziel erreichen, dass ihre Aktionen als Akt im Sinne des zivilen Ungehorsams wahrgenommen werden. Bleiben immer wieder dieselben Schüler*innen dem Unterricht am Freitag fern, kommt eine Schule in die Zwickmühle zwischen ihrem Bildungsauftrag und der Durchsetzung der Schulpflicht.

Die Lehrerinnen und Lehrer sollten die Demonstrationen positiv aufgreifen und dazu nutzen, Themen wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit stärker in den Unterricht einzubeziehen, AGs zu gründen und/oder Projekte/Projektwochen zu starten: Wie kann das eigene Konsumverhalten nachhaltiger werden? Was genau muss von der Politik gefordert werden? Und : Wie sieht das Thema im globalen Maßstab aus?

Position und Forderungen der GEW

Es ist gut, dass Schüler*innen sich politisch engagieren und es ist -gut nachvollziehbar, dass sie dies auch während der Unterrichtszeit tun. Schule sollte an diese Aktivitäten anknüpfen und diese aufgreifen.

Die Schüler*innenstreiks und -demonstrationen sollten aber auch ein Anlass sein, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) auf politischer Ebene wieder mehr und ernsthafter in den Fokus zu rücken. Zurzeit werden -Schulen weder personell noch materiell ausreichend unterstützt, dieses Bildungsziel, das für ein zentrales Zukunftsthema in unserer Gesellschaft steht, ganzheitlich umzusetzen. BNE darf sich nicht in Einzelaktionen oder einzelnen Projekten erschöpfen, Schule sollte sich mit dem Thema – vorausgesetzt, Politik stellt die entsprechenden Ressourcen bereit – nicht nur im Unterricht auseinandersetzen (BNE als Querschnittsthema), sondern auch die eigenen (Arbeits)Praxis hinterfragen: Welche Materialien verwenden wir? Sind diese sozial verträglich und nachhaltig produziert? Wie sieht das Mensaessen aus? Werden Fairtrade-Prinzipien und Stromsparmaßnahmen ernst genommen.

BNE kann ein Ansatz sein, Kinder und Jugendliche besser an den gesellschaftlichen Zukunftsfragen zu beteiligen und sie mitgestalten zu lassen. Insofern ist der Ansatz der Schüler*innenproteste nicht nur berechtigt, sondern genau richtig, auch um gesellschaftlichen Druck zu entwickeln. Die Schüler*innen erwerben wichtige Erfahrungen gelebter Demokratie. Hier sollte Schule ansetzen, ohne die Schüler*innen oder die die Bewegung zu instrumentalisieren.

6. Feb. 2019 Ulf Rödde, GEW Pressesprecher & Ilka Hoffmann, geschäftsf. Vorstand OB Schule